

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen. Abonnement in der Stadt vierteljährlich M. 2.35 monatlich 45 Pf. Bei allen württ. Postämtern und Boten im Orts- u. Nachbortorverkehre Viertel M. 1.35, ausserhalb desselben M. 1.35, wozu Bestellgeld 30 Pf. Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Veröffentlichungsblatt der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklosterle u.

während der Saison mit amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pf. Ausserhalb 10 Pf., die kleinspaltige Garmondzelle. Kleinanzeigen 15 Pf. die Zeile. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Abonnements nach Vereinbarung. Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 261.

Mittwoch, den 8. November 1911.

28. Jahrg

### Erster Teu scher Mittelstandskongress.

Berlin, 6. November.

Der Hanjabund veranstaltete gestern in Berlin den Ersten Deutschen Mittelstandskongress, zu dem unter dem Vorsitz des Ehrenobermeisters nicht etwa 700 Angehörige des Handwerks, des Kleinhandels und des Kleingewerbes eingeladen hatten. Geheimrat Dr. Nieber begrüsste die Teilnehmer und stellte an die Spitze seiner Ausführungen: „Wir im Hanjabund verzichten darauf, den Mittelstand zu irgendwelchen politischen Überzeugungen erzieren zu wollen. Wir wollen sein Bedeuten ohne irgendwelche politischen Nebenworte erreichen. Wir verlangen von unsern Mitgliedern nur, daß sie unsere wirtschaftlichen Gedanken, eifrig und energisch innerhalb ihrer politischen Parteien verbreiten.“ Dann erinnerte der Redner daran, was der Hanjabund bereits alles für den Mittelstand getan habe. Ein Preisauschreiben habe er erlassen über die praktischen Mittel, dem Mittelstand Kredit und Hilfsmittel zu verschaffen; 15 000 Mark sind ausgeschrieben worden, um Mittelstandsvertretern die Reise zu der Brüsseler Weltausstellung zu ermöglichen. In Berlin und in über 50 Ortsgruppen des Reiches sind unentgeltlich Buchführungskurse für Handwerker eingerichtet worden. Es ist ein Vorentwurf zu einer reichsgerichtlichen Regelung des Submissionswesens ausgearbeitet und eine Submissionszentrale in Berlin geschaffen worden mit dem Zweck, aufmerksame, zuverlässige und sachverständige Ermittlungen und Prüfungen aller Vorgänge auf dem Gebiete des öffentlichen und privaten Submissionswesens herbeizuführen.

Wir haben dafür einzutreten, so fuhr Geheimrat Nieber fort, daß auch die anderen Kreise, auch die des Großkapitals, allmählich lernen, sich für die Dinge zu interessieren, die bei den anderen Ständen passieren. Nicht das Mißtrauen, nicht die Abwertung der Arbeit der anderen kann uns fördern, sondern die allmähliche Erziehung des eigenen Standes und der anderen zu dem Bewußtsein, daß nur gemeinsam eine Arbeit geeignet ist, die größten Gegenstände auszugleichen und einen Weg zu finden, bei dem alle Berufshände bestehen können. (Lebhafte Beifall.) Das ist die Dege, die man uns nachgelagt hat. In der Beziehung haben wir ein gutes Gewissen. Es genügt nicht der eine Handwerker, der im Herrenhaus berufen ist, wir verlangen ein gesetzliches Recht zur Präsentation im Herrenhaus für alle Gewerbstände. (Lebhafte Zustimmung.) Wir achten alle Stände, auch die Landwirtschaft, deren Feind zu sein nur ein Idiot behaupten kann. Wir haben sie stets für ein notwendiges und unentbehrliches Glied der Gesamtwirtschaft angesehen. Dagegen habe ich noch nie gehört, daß vom Bund der Landwirte den Bauern auch nur ein Wort über die Be-

deutung von Handel und Industrie gesagt wird. Wir werden nicht zuzuhören zu behaupten, daß das Bedeuten aller Stände notwendig sei für das Gedeihen Deutschlands. (Lebhafte Zustimmung.) Da hat man den Hanjabund schon totgelagt, aber wir wollen uns dadurch nicht abschrecken lassen, für die Gleichberechtigung aller Stände einzutreten, bis das Bewußtsein davon in alle Kreise und auch in die Kreise der Regierung gedrungen ist. Dann hat man uns vorgeworfen, wir überläßen weite Kreise gegen die Reichsfinanzreform nur beschwert, weil wir haben uns über die Reichsfinanzreform nur beschwert, weil sie zu wenig Rücksicht auf die Interessen gewisser Stände genommen hat. Wir haben bei der Reichsfinanzreform weniger von dem gesprochen, was drinnen steht, als von dem, was nicht hineingekomme ist; vor allen Dingen die zum Ausgleich der Verbrauchsteuern nötige Erbschaftsteuer (Lebhafte Zustimmung). Der Mittelstand hat nicht leben und werden wollen, was er seit Jahrzehnten ein Spielball für die herrschenden Parteien gewesen ist, ohne daß er etwas eingetauscht hat, was seine Lage wirklich zu bessern imstande ist. Für das Einkommen der Selbständigen und anderer freier Mittel hat der Mittelstand seine politische Selbständigkeit abgegeben. Ich glaube nicht, daß der Deutsche Reichsmittelstandsverband hierin eine Wendung bringen wird, denn bei der Gründung sind bestimmte politische Parteien an der Arbeit gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man in jenen Kreisen den ersten Willen gehabt hätte, warum hat man denn dann bis wenige Monate vor den Wahlen gewartet, um etwas ins Werk zu setzen? Wir wünschen im Hanjabund alle die vereinigten Stände zur Selbständigkeit und Selbsthilfe zu erziehen. Wir wünschen, daß das deutsche Bürgerium die Schlußkraft überwindet, die es seit Jahrzehnten befallen hat und die nicht nur in unseren Kolonien, in denen, die wir haben und in denen, die wir noch bekommen sollen, ein Uebel ist. Sich auf andere verlassen, immer den Blick darauf richten, was für Fortschritte die Regierung machen kann, das hat das Bürgerium und den Mittelstand nicht gefördert. Das muß anders werden, deshalb heraus mit der eigenen Arbeit! (Lebhafte Beifall.)

Dann sprach Direktor Knobloch über Vergünstigungen, Einziehungssämter und Förderung der Kreditgenossenschaften.

Er führte aus, daß von den 11, Millionen deutscher Handwerker nur 300 000 in einer Kreditgenossenschaft organisiert seien. Die Gründe dafür seien zum Teil in dem Vergünstigen zu finden, zu dessen Überwindung die Handwerker solidarisch vorgehen müssen. Die Einziehungssämter, die man vorgeschlagen habe, nähmen das Odium der Einziehung der Forderungen dem einzelnen ab, doch sei es fraglich, wie sie sich bewähren würden. Es sei auch nicht ausgeschlossen, daß durch sie dem Handwerker Kunden absperrig gemacht werden könnten. Als ein weiterer Grund für den mangelnden genossenschaftlichen Kredit der Handwerker sei der so sehr verbreitete Mangel der Buchführung anzusehen. Vor allem sei es nötig, daß das laufende Publikum dazu erzogen werde, daß es unanständig sei, von Handwertern und kleinen Detailhändlern Waren auf Kredit zu nehmen. Diesen Brauch müsse ein Ende gemacht werden, und vielleicht könnten dazu allerdings die Einziehungssämter mit beizutragen. Eine Verabredung der Verjährungsfrist wäre vielleicht ebenfalls zu empfehlen; es sei nur die Frage, ob sich

nicht saule Stunden diese Verjährungsfrist zu Ruhe machen würden. Dringend zu empfehlen sei eine geordnete Buchführung im Handwerk und Kleingewerbe. Es herrschten in dieser Beziehung nach sehr arge Zustände, mit denen aufgeräumt werden müsse. Auch der Anblick der Handwerker und Kleingewerbetreibenden an die Genossenschaften sei unbedingt erforderlich. Die Hauptfrage sei bei der Hebung des Mittelstandes die eigene Kraft.

Der zweite Referent Stadtrat Jung-Reisse behandelte das Thema der Diskontierung der Buchforderungen, gegen die er sich sehr scharf wandte, da sie nur eine Prämierung der ungesunden Pampwirtschaft sei. Er meinte, ein Mann, der seine Buchforderungen diskontiere, erinnere an Peter Schlemihl, der seinen eigenen Schatten verkaufte. — In der sehr ausgedehnten Diskussion betonte u. a. Koch-Bielefeld, es sei bedenklich, durch Diskontierung der Buchforderungen noch neue Kreditquellen den Gewerbetreibenden zu erschließen. Er schlage dagegen vor, die Verjährungsfrist recht kräftig zu verkürzen. Von E-Baunert wünschte, daß die Innungen sich in Genossenschaften umwandeln und die Rechnungen für die Handwerker einfassieren möchten. Direktor Baerlein meinte, die Lehren der Buchführung nach verschiedenen Systemen seien für die Handwerker zu kompliziert; es müßte ein möglichst praktisches Verfahren von dem Hanjabund gefunden werden. Müller-Friedmann tritt für die Diskontierung der Buchforderungen ein; man dürfe ein Messer nicht deshalb wegwerfen, weil ein Kind sich damit schneide. Dr. Rogge-Hannover empfiehlt die Gründung von Einziehungsgenossenschaften, da sich die Handwerker vielfach genieren, selbst Rechnungen auszuschreiben. Landtagsabgeordneter Genossenschaftsanwalt Justizrat Erüger erklärt, daß die Kreditbeschaffung für den Mittelstand zwar sehr nötig sei, daß es aber doch gefährlich sei, wenn der Kredit weiter ginge als es den gefunden Interessen des Handwerks entspreche. Vor kurzem habe ein konservativer Abgeordneter gesagt, die Konservativen hätten aus politischen Gründen die Gewerbetreibenden abgehalten, den Schulz-Religiösen Kreditgenossenschaften beizutreten; das beweise, welche Mittelstandsfreundlichkeit bei den Konservativen herrsche. In seinem Schlusswort betonte Direktor Knobloch, daß die Diskontierung der Buchforderungen für den Hanjabund noch eine offene Frage sei; deshalb habe er weder dafür noch dagegen Stellung genommen.

Ueber Fragen des Detailhandels referierte Dr. Röthner-Berlin. Er empfiehlt die Einführung sogenannter Markenartikel durch Markenvereinigungen als Abwehr gegen Verdrängung. (Lebhafte Zustimmung.)

### Doraliese von Freilingen.

Von Helene von Wülflin.

85)

(Schluß.) (Nachdruck verboten.)

„Ich möchte nach Hause!“ hat sie verwirrt und doch dringlich — „ich glaube, sie warten auf mich!“ Sie sagte das sehr fassungslos, und ihr Arm, der auf dem des Herrn Bruno lag, zitterte heftig. Er führte sie hienaus. „Ich möchte Sie begleiten!“ hat er. „Darf ich, Fräulein Doraliese — früher sagte ich nur ‚Doraliese‘, nicht wahr und Sie sagten ‚Bruno‘!“ Sie nickte. „Und dann haben wir uns ganz aus den Augen verloren und hörten kaum mehr voneinander — nicht wahr, Doraliese!“ Sie nickte wieder und konnte nichts sagen. „Ihre Jugend wurde dann sehr hart, und die meine — nun, man sagt, ich hätte die meine genossen, und das mag wohl so sein!“ Sie hätte fragen mögen: „Was willst du von mir — warum sagst du mir das?“ — aber die Worte wurden vom Schluchzen niedergehalten, und das Schluchzen mußte sie bekämpfen, bis sie allein war — und sie wünschte nur plötzlich, sie wäre allein und beschleunigte ihren Schritt — aber er wich nicht von ihrer Seite. „Ja — genossen habe ich meine Jugend — das heißt — ich habe eine Weile lang gesucht und habe es dann aufgegeben — Wissen Sie noch, Doraliese, wie wir uns früher die Zukunft ausdachten?“ Ja, sie wußte es noch! Sie wollten beide etwas Besonderes werden — er ein Held, zu dem die Menschen aufzauen — und sie eine Prinzessin oder eine große Künstlerin. „Und sind dann beide schön unten auf der Erde geblieben — nicht wahr, Doraliese — sind einsam geworden und haben das Suchen und Streben drangegeben!“ „Ja!“ sie hauchte es und sah von ihm fort.

Und dann waren sie plötzlich im Wald und die Abendsonne warf ihre letzten Strahlen auf die einiamen, stillen Wege — und eine wunderliche — eine seltsame Märchenstimmung schien plötzlich auf den Wald und auf sie selbst herabzuschweben.

„Ihr Wald — Doraliese — Ihr lieber, geliebter Wald!“ sagte er plötzlich und zog sie auf die Bank.

„Wie grausam, wie furchtbar grausam er ist!“ sah sie Doraliese und neigte den Kopf.

„Und den wollen Sie nun fortgeben — und all das andre auch — und wollen ganz allein — ganz einsam bleiben!“

Da war das lang zurückgehaltene Schluchzen plötzlich da.

„Lassen Sie mich — bitte lassen Sie mich allein!“ hat sie und wollte die Hand, die er in die seine genommen hatte, von ihm lösen — aber er hielt sie fest.

„Ich glaube, wir sind beide einsam, Doraliese — und haben wohl beide viel aneinander gedacht — indem wir bei andern das suchten, was sie uns nicht zu geben vermochten — Doraliese — liebe Doraliese — Vor Wochen — damals, als ich Sie am Grab Ihres Vaters sah, da wußte ich — nach wem ich gesucht, vergebens gesucht in all diesen Jahren — aber damals glaubte ich, Sie seien für mich verloren — damals sagte man mir —“

„Nicht weinen!“ tröstete er — und nahm sie leise in seine Arme.

„Ich glaube — ich habe dich lieb, Doraliese, unendlich lieb. Ich glaube, ich kann dich lieben mit jener Liebe, die keine von den Frauen, die ich kennen lernte, verstand!“

Ihr Kopf lag an seiner Schulter — durch ihre Seele ging ein Zittern — ein Leuchten war vor ihr — ein Himmel. Die Sonne wob sich auf dem Waldweg dahin — ein goldenes Band war sie, ein fließendes goldenes Band — das sich ausbreitete — weit, immer weiter — das nach Birono und das nach Freilingen floß und die Vision trat wieder vor Doralieses Augen —

Birono und Freilingen verbunden — verbunden durch den gemeinsamen Besitz — den Wald.

„Ich will dich nicht erschrecken, Doraliese — will nicht in dich dringen. Gib mir keine Antwort, wenn du es heute noch nicht vermagst — aber einmal wirst du es tun, wirst mir sagen, ob du mir nicht nur den Wald — ob du mit dem Wald dich selbst mir geben willst — ja — Doraliese — willst du das — willst du?“

Sie wußte nicht, was sie sagte, sie sah sie und wußte nur, daß sie in eines starken Mannes Armen lag — und daß es eine Heimat für sie gab — und daß die Kälte, das böse Frischen von ihr wich — und vor ihren Augen gaukelte und wand sich das goldene Band — und floß nach Freilingen und floß nach Birono — und dicht vor ihnen schlang es sich zu einem Knoten und Doraliese lehnte sich fest, fest in die Arme, die sie umschlossen und sagte leise, ganz leise:

„Ich glaube, daß ich dich lieben kann!“ und alles, was ihr Mund noch weiter fragen wollte, alle bangen Bedenken und alle demütigen Kengste wurden erstickt von dem andern Mund, der fest auf dem ihren lag — und der sie in innigen, heißen Küssen empfinden ließ, daß sie nicht, wie Alig gesagt hatte — ein Ausnahmewesen — sondern daß sie nur Frau — nur Weib war, dem die Liebe mehr gilt, als alles andere auf der Welt.

Die krank' Kuh. Michel übergab unlängst abends, als er vom Felde kam, seine beiden Kühe der Ehehälfte zum Füttern. Die Frau legte Futter vor, bemerkte aber zu ihrem Schrecken: die aa frißt net! Auch Michel erklärte dann betrübt: die Kuh ist krank! Der Tierarzt kam und stellte nach kurzer Untersuchung fest, daß vergessen worden war, der Kuh den Maulkorb auszuziehen.

Definition. „Strategie im Kriege“, sprach der irische Unteroffizier, „ist, wenn ihr den Feind nicht merken laßt, daß eure Munition zu Ende ist, sondern mit Feuer fortzufahrt.“



das Sonderrabattwesen, womit jedoch nicht Sonderrabatte für einzelne Berufsweige wie Schneider, Schauspieler u. s. w. getroffen sein sollen. In der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, der Wankelmut und des Kreditbetruges könnten die Detaillisten durch Selbsthilfe sehr viel leisten und dadurch, zur moralischen, materiellen und gesellschaftlichen Hebung des gesamten deutschen Detaillistenstandes beitragen. — In der Diskussion erklärte der Vorsitzende des Handlungsgehilfenvereins von 1885 in Hamburg, Herr Liske, namens seines Verbandes sich einverstanden mit der Forderung auf Abschaffung der Sonderrabatte. Zunächst müßten dann aber die Beamten darauf verzichten. Nicht im Namen seines Verbandes, sondern als Person bekämpfte er die Ausführungen des Referenten über das Markenartikelwesen, das den Kaufmann in eine unwürdige Abhängigkeit vom Großkapital bringe. Föbdt-Rühlhausen verlangte eine stärkere Besteuerung der Warenhäuser und zwar müßten alle Warenhäuser ohne Unterschied und ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Umsatzes kräftig besteuert werden. Porzellan-Biesbaden erklärte, dem Sonderrabattwesen zu steuern wäre sehr wünschenswert, doch sei es sehr schwer, weil die Beamten sich, falls man ihnen Sonderrabatte nicht gewähre, zu Beamten-Konsumvereinen zusammenschließen würden. Dies müßte vor allem verhindert werden. Simson-Berlin weist auf das Fiskalwesen und darauf hin, daß die Zonen nicht genügend zu Steuern herangezogen würden. Schrödel verlangt, daß man in den Handelskreisen selbst energischer auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vorgehe, um der unlauteren Reklame kräftig zu Leibe zu gehen. Kommerzienrat Schmahl kommt auf die Steuerungsdebatte im Reichstag zu sprechen und meint, daß die Landwirtschaft eine dauernde Bevorzugung genieße. Ganz unbegreiflich sei es, daß man dem Handel bieten könne, der Landwirtschaft Frachtermäßigung zu gewähren, die man dem Handel nicht gewähre. Die Kommunen würden aufgefordert, die Verteilung der Güter selbst in die Hand zu nehmen, während doch der Handelsstand die Steuern aufbringen müsse, welche den Kommunen die Mittel geben sollen, dem Handel eine solche Konkurrenz zu machen. Das seien geradezu unwürdige Zustände, gegen die man mit allem Nachdruck protestieren müsse. (Lebhafter Beifall.)

## Deutsches Reich.

### Auf dem Jungliberalen Parteitag,

der am Sonntag in Karlsruhe stattgefunden hat, ist nach einer Rede von Kauffmann-Stuttgart über äußere und innere Politik ein von Köln gestellter, in der Diskussion wesentlich geänderter Antrag angenommen worden, der folgenden Wortlaut hat:

„Aus den gegenwärtigen politischen Verhältnissen im Deutschen Reich, die durch das Referat des Rechtsanwalts Dr. Kaufmann klar gemacht worden sind, ergibt sich für den Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend die Pflicht, Forderungen zu erheben, deren Erfüllung unabwendbar geworden ist. Aus den programmatischen Erklärungen der nationalliberalen Partei entnehmend und geführt auf das zusammenfassende Programm vom Februar 1911 verlangen wir unter Hinweis auf die Vorschläge in der inneren und äußeren Politik der letzten Zeit den Ausbau unserer Staatsverfassung durch Einführung von Reichsministerien und eines Staatsgerichtshofs. Es ist unter Beibehaltung des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts eine Verbesserung des Wahlsystems durchzuführen, entweder durch eine gerechtere Einteilung der Wahlkreise, oder noch besser durch Einführung eines Proporzwahlsystems. Den Tendenzen, die die funktionelle Trennung auf alle Gebiete des Lebens übertragen wollen und die Unterordnung des Staates unter die Kirche erstreben, muß mit energischer Anwendung der staatlichen Hoheitsrechte entgegengetreten werden. Die ungenügende Wahrung der Lebensinteressen und der Ehre der Nation durch die Reichsregierung bei der Behandlung der Marokkoprobleme hat in Deutschland tiefgehende Unzufriedenheit erzeugt. Angesichts der ersten politischen Lage hält der Verband der Vereine der nationalliberalen Jugend neben der Kritik an der schwächlichen Haltung der Regierung in nationalen Fragen für notwendig: eine energische Kolonialpolitik und die weitere Vermehrung unserer Flotte sowie die Vereinfachung der erforderlichen Mittel durch die Reichsstaatssteuer.“

Darauf wurden noch ein Antrag Berlin betreffend Polenpolitik und ein Antrag Stuttgart betreffend Beschäftigung mit Fragen der Kommunalpolitik angenommen. Baffermann nahm an den Verhandlungen teil.

Die Stichwahlen in Hessen finden am 17. November statt. Der Landesauschuss der Fortschrittlichen Volkspartei für das Großherzogtum Hessen hielt in Frankfurt eine Sitzung ab, in der für die Stichwahlen zum Landtag folgender Beschluß einstimmig gefaßt wurde. Der Landesauschuss empfiehlt den in Betracht kommenden Wahlkreisorganisationen für die Stichwahlen nach folgenden Grundsätzen zu verfahren: 1. Es sind zu unterstützen: a) der nationalliberale Kandidat in der Stichwahl gegen Antisemiten und Bauernländer, b) der sozialdemokratische Kandidat in der Stichwahl gegen Kandidaten der Antisemiten und des Bauernbundes bzw. des Bundes der Landwirte oder andere, dem Bund der Landwirte angehörende Kandidaten. 2. Bei einer Stichwahl zwischen Nationalliberalen und einem Sozialdemokraten wird Stimmenfreigabe empfohlen. — Der Landesauschuss der Sozialdemokratischen Partei beschloß in Offenbach einstimmig, die Fortschrittliche Volkspartei in den am 17. November stattfindenden Stichwahlen zum hessischen Landtag nur dann zu unterstützen, wenn diese Unterstützung auf Gegenseitigkeit beruhe, andernfalls werde die Parole für die sozialdemokratischen Wähler „Gewehr bei Fuß“ lauten.

Vom Frauenrecht. Nach langwierigen Verhandlungen der badischen Handwerkskammern ist nun eine Einigung in der Richtung erzielt worden, daß im allgemeinen zwischen männlichen und weiblichen Lehrlingen kein Unterschied mehr gemacht werden soll. Die für männliche Lehrlinge geltenden Vorschriften, besonders die dreijährige Lehrzeit und die Bestimmung über die Höchstzahl der in einem Betriebe zulässigen Lehrlinge sollen grundsätzlich auch für die weiblichen Lehrlinge gelten. Ausnahmen dürfen nur von Fall

zu Fall vom Vorstand der Handwerkskammer gestattet werden.

Mannheim, 7. Nov. Der große Süddeutsche Exportverein hat seinen Austritt aus dem Zentralverband deutscher Industrieller beschlossen.

Berlin, 7. Nov. Bei den Stadtverordnetenwahlen der zweiten Abteilung wurden in sämtlichen 16 Bezirken die liberalen Kandidaten gewählt.

## Ausland.

### Der Krieg um Tripolis.

Italien hat Tripolis und die Cyrenaika annektiert, so gab man von Rom aus der erkaunten Welt kund und zu wissen. Tripolis ist aber weder im Besitze noch im Eigentum der Italiener. In ihrem faktischen Besitze sind fünf Küstenplätze, die nach Umfang und Bevölkerung einen verschwindend kleinen Teil des ganzen Gebietes ausmachen. Im rechtlichen Eigentum Italiens ist natürlich auch nicht das Binnenland, denn man kann nicht Eigentumsrechte auf eine Provinz geltend machen, die man weder gleichzeitig noch jemals früher besessen hat. Italien ist völkerrechtlich nicht einmal in der Lage, die besetzten Küstenstädte als sein Eigentum zu erklären, denn ihr Besiz wird ihm von dem Eigentümer noch immer mit Waffengewalt bestritten.

### Auf dem Kriegsschauplatz

Vor Tripolis erwartet man immer noch den großen Angriff der mit den Arabern vereinten Türken. Wiederholt ist von den Türken vergebens versucht worden, die italienische Flanke anzugreifen, ohne daß ein Resultat erzielt wurde. Es handelt sich hier zweifellos um Vorpostengefächte, denen eine entscheidende Bedeutung nicht beizumessen ist. Große Schwierigkeiten macht der sich immer mehr verschlechternde Gesundheitszustand in Tripolis. In den Straßen der Stadt wurden am Montag 50 Leichen von durch Cholera oder Hunger verstorbenen Eingeborenen gefunden. Auch in den Palmenpflanzungen befinden sich noch viele Leichname. In etwa 40 Fällen wird täglich unter den italienischen Soldaten Cholera festgelegt.

Der amerikanische Kreuzer „Chester“, der für längere Zeit in Malta bleiben sollte, hat durch Junkenspruch den Befehl erhalten, sich sofort nach Tripolis zu begeben und ist bereits dorthin abgegangen.

### In der Türkei

herrschen Befürchtungen wegen der immer bestimmter auftretenden Gerüchte, ein feindliches Geschwader sei im Anzuge, um die Stadt Beirut zu bombardieren. Der Bevölkerung hat sich eine wachsende Erregung bemächtigt. Zahlreiche Eingeborene schickten ihre Familien in den Libanon. Vor dem Serail versammelten sich am Montag Tausende von Arabern, die stürmisch die Ausgabe von Waffen forderten.

Der Senat beschloß, an alle Senate der Welt Proteste gegen die Grausamkeit der Italiener zu richten.

Warschau, 7. Nov. In dem vornehmen Restaurant Borowski drangen 25 Banditen ein und plünderten die Gäste aus. Ein Kellner, der der Aufforderung „Hände hoch“ nicht nachkam, wurde erschossen.

Petersburg, 7. Nov. Das „Nowoje Wremja“ meldet aus Kiew, daß dortige Militärkreise über militärische Vorbereitungen Oesterreichs in Galizien unterrichtet worden seien. Drei Armeekorps würden dort mobilisiert.

## Württemberg.

### 12. Reichstagswahlkreis.

In der Vertrauensmännerversammlung des Bundes der Landwirte, die den jungen Berthold als Kandidaten für die Landtagsersatzwahl aufstellte, war auch der Reichstagsabgeordnete Vogt anwesend. Er erklärte, daß er die Kandidatur für den 12. Reichstagswahlkreis wieder übernehmen wolle.

### Aus dem 14. Wahlkreis.

Der Wahlkreisauschuss der Deutschen Partei in Ulm hat zu dem Vorschlag der Volkspartei am Samstag dahingehend Stellung genommen, daß die volksparteiliche Kandidatur Bogelsang von der Deutschen Partei unterstützt wird; die Deutsche Partei ihrerseits verlangt als Gegenleistung die Unterstützung der Volkspartei bei den Landtagswahlen in Ulm und Geislingen (eventuell für Geislingen auch Heidenheim). Die Volkspartei des 14. Wahlkreises wird hierzu noch Stellung nehmen.

Lauffen a. N., 6. Nov. Hier wird die „Fortschrittliche Volkspartei“ in den nächsten 3 Wochen an je 2 Abenden politische Fortbildungskurse abhalten, in denen unsere staatsrechtlichen Verhältnisse (Reichs-, Landes- und Gemeindeverfassung), Zoll- und Handwerkerfragen und Fragen der Gemeindepolitik behandelt werden. Die Teilnahme ist vollständig kostenfrei und verpflichtet in keinerlei Weise zur politischen Betätigung. Zur Teilnahme werden junge Leute über 18 Jahre eingeladen, denen an einer Weiterbildung ihrer politischen Gesinnung etwas gelegen ist.

### Die Maschine in der württembergischen Landwirtschaft.

Die Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeiter in andere Berufe verleiht die sonst am hergebrachten festhaltende landwirtschaftliche Bevölkerung in der Zwangslage, durch eine ausgedehntere Verwendung von Maschinen einen Ausgleich für die fehlenden Arbeitskräfte

zu suchen. Wie aus den bis jetzt im deutschen Reich vorgenommenen drei großen Berufs- und Betriebszählungen von 1882, 1895 und 1907 hervorgeht, haben sich die kleinen und mittleren Betriebe die Maschinenverwendung in steigendem Grade zu Nutzen gemacht. Im Jahre 1882 hatten nur 3,7 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe Maschinen in Benutzung, im Jahre 1895 waren es 9,8 Prozent, während sich 1907 schon 21,3 Prozent ergaben. Nach den Größenklassen steigerte sich die Maschinenverwendung bei Betrieben unter 2 Hektar von 0,1 Prozent auf 2,7 Prozent, bei Betrieben mit 2–5 Hektar von 1,0 Prozent auf 22,3 Prozent, bei Betrieben mit 5–20 Hektar von 11,5 Proz. auf 65,8 Proz., bei Betrieben mit 20–100 Hektar von 51,9 Prozent auf 96,5 Prozent und bei Betrieben mit 100 und mehr Hektar von 75,2 Proz. auf 94,0 Prozent. Wenn man die verschiedenen Arten der landwirtschaftlichen Maschinen in Betracht zieht, so hat besonders die Dreschmaschine ein großes Gebiet erobert. Ihre Verwendung hat sich gegenüber 1882 um das 5½fache vermehrt, wobei namentlich die Dampf-dreschmaschine eine großartige Entwicklung genommen hat. Es ist hier aber zu bemerken, daß die Betriebe mit unter 5 Hektar hauptsächlich mit Leihdreschmaschinen, die von Gehöft zu Gehöft ziehen, dreschen lassen. An der zweiten Stelle steht die Mähmaschine, die von 12786 Betrieben benutzt wurde, gegen 135 im Jahre 1882 und 611 Betrieben im Jahre 1895. Fast alle Mähmaschinen (12447) sind eigener Besiz. Die Benutzung der Sämaschinen hat sich nicht so rasch ausgedehnt; sie stieg von 400 im Jahre 1882 auf 3760 Betriebe, wovon 1504 eigene Sämaschinen hatten. Keine Fortschritte hat die Verwendung von Hackmaschinen (45 Betriebe) seit 1895 gemacht. Schrotmühlen benutzende Betriebe wurden 1907 im ganzen 531 gezählt. Eine Ausnahme haben die Betriebe mit Milchzentrifugenbenutzung um nicht weniger als 6008 erfahren, was wohl in der Hauptsache auf die zunehmende Beteiligung an Molkereien, die Ausbreitung der Lieferung frischer Milch usw. zurückzuführen sein dürfte. Gegenüber dem Reichsdurchschnitt sind die bäuerlichen Betriebe in Württemberg im allgemeinen weniger maschinenbenutzend, Dampf-dreschmaschinen werden in Württemberg häufiger, andere landwirtschaftliche Maschinen dagegen auffallend seltener verwendet als im Reich. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft wird wohl die Maschine niemals die bevorzugte Stellung einnehmen, wie in der Industrie, denn die menschliche Arbeit hat bei der Intensivierung des landwirtschaftlichen Betriebs, eine ganz andere Bedeutung als bei der Industrie.

### Wie hoch ist der gesetzliche Findexlohn?

Unter dem Publikum herrschen über die gesetzliche Höhe des Findexlohnes vielfach noch recht irriige Anschauungen. Er betrug früher 10 Proz. des gefundenen Wertes. Das Bürgerliche Gesetzbuch hat aber seit 1900 darin Wandel geschaffen. Seither beträgt der Findexlohn bei Gegenständen im Werte bis zu 300 M nur 5 Proz. und bei größeren Werten sogar nur noch 1 Proz. Das wird also gehandhabt: Bei einem Fund im Werte von 500 M hat der Finder von den ersten 300 je 5 gleich 15 M, von den zwei weiteren hundert je eine M gleich 2 M, zusammen also 17 M zu beanspruchen. Der Anspruch auf Findexlohn ist ausgeschlossen, wenn der Finder die Fundanzeige unterlassen hat oder den Fund verheimlicht. Es tritt hier strafrechtliche Verfolgung wegen Funddiebstahls, bzw. wegen Unterschlagung ein.

Stuttgart, 4. Nov. Eine vom Jugendsekretariat in Verbindung mit dem Landesverband für Jugendschutz abgehaltene Versammlung im Hotel Dextor besaßte sich gestern abend mit der Kinematographenfrage. Es waren Teilnehmer aus allen Ständen erschienen. Polizeibehörde, Geistlichkeit und Lehrerschaft hatten Vertreter entsandt. Ganz besonders lebhaft erörtert wurden die Schäden, die gewisse Filme in den Kinematographentheatern speziell auf die Jugend ausüben. Alsdann wurde im Anschluß an die Mitteilung, daß bei der hiesigen Filmzensur bereits seit einigen Monaten vom Jugendsekretariat Beamte als Berater zugewogen worden, festgestellt, daß die Zensur, die schon eine ziemlich umfangreiche Arbeit verursacht, noch weiter ausgedehnt werden muß und daß zu diesem Zweck geeignete Personen, die über entsprechende Kenntnisse und genügend freie Zeit verfügen, ebenfalls bezuzogen werden. Es wird also eine Art Zensurkommission, die dem Stadtpolizeiamt beratend zur Seite steht, gegründet werden. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die folgenden Wortlaut hat: „In Anbetracht der volkswirtschaftlichen, gesundheitlichen, intellektuellen und sittlichen Schädigungen, mit denen die Entwicklung des Kinematographenwesens unser Volkstum und besonders die Jugend bedroht, begründet eine am 3. November 1911 zusammengetretene Versammlung aus allen Kreisen der Bevölkerung dankbar die Nachricht, daß die Staatsregierung eine gesetzliche Regelung des Kinematographenwesens in Erwägung gezogen hat und bittet um baldige Vorlage eines Entwurfes an die gesetzgebenden Instanzen.“ Bemert sei dann noch, daß sich die Bewegung selbst nicht gegen den Kinematographen selbst richtet, sondern nur gegen die Auswüchse im Kinematographenwesen und es soll, wenn irgend möglich, mit allen Kinematographenbesitzern, deren es in Stuttgart 16 gibt, Hand in Hand gearbeitet werden. Man hofft, daß man diese Leute so gewinnen wird, daß die Arbeit gut von ihnen gehen kann. Auch auf die Eltern soll eingewirkt werden möglichst durch die Verteilung von Flugblättern.

Stuttgart, 6. Nov. Der Oberbürgermeister von Ulm ist, laut Neues Tagblatt, von den Gemeindefolgen beauftragt worden, mit der Stuttgarter Stadtverwaltung in Verkehr zu treten, um gemeinschaftlich den Versuch zu machen, daß beiden Städten das bisher innegehabte, ihnen neuerdings durch Ministerialerlaß aberkanntes Mitwirkungsrecht bei Befegung der evang. und kath. Volks- und Mittelschulen weiter zugestanden wird.

Bödingen, 7. Nov. Ein Naturwunder hat der abnorme Sommer dieses Jahres im Garten des Herrn